

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

STEPHAN G. THOMAS

Totalitäre Machtstruktur und sowjetische Außenpolitik

Bei der Suche nach den Motiven und Hintergründen für das Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz wurde als einer der wichtigsten Faktoren die Abhängigkeit der sowjetischen Außenpolitik von der innersowjetischen Machtpolitik genannt.

So wurde auf die angeblich nicht gefestigte Machtposition Chruschtschows in den sowjetischen Führungsorganen hingewiesen, der im Unterschied zu der unbestrittenen Herrschaftsstellung Stalins ständig mit oppositionellen Kräften rechnen muß. Man nannte die widerstrebenden Kräfte in den privilegierten Schichten der ehemaligen stalinistischen Bürokratie, die auf Grund des von Chruschtschow betriebenen Transformationsprozesses in eine permanente Oppositionsstellung gedrängt wurden. Man wies auf die kritische Einstellung militärischer Kreise zu den Abrüstungs- und Reorganisationsplänen Chruschtschows hin sowie auf zahlreiche Schwierigkeiten auf dem Agrarsektor und dem industriellen Gebiet. Schließlich spielte der offenbar gewordene Gegensatz Peking — Moskau eine erhebliche Rolle, der vor der Pariser Gipfelkonferenz in bemerkenswerter Weise sichtbar wurde. Da Chruschtschow — so lautete die Argumentation — auf Grund der außenpolitischen Entwicklung in der letzten Zeit zu der Überzeugung gekommen war, daß er aus Paris mit keinem für sowjetische Vorstellungen greifbaren Erfolg zurückkommen würde, ließ er auf Grund der innerpolitischen Situation die Konferenz noch vor ihrem Zusammentritt aufliegen.

So richtig all diese Einschätzungen der innerpolitischen Lage im einzelnen sein mögen und zur Klärung des Auftritts von Chruschtschow in Paris und vor der UNO in New York herangezogen werden können, so ergibt sich daraus immer noch keine gültige Antwort auf die Fragen nach der grundsätzlichen Bedeutung des totalitären Macht systems für die sowjetische Außenpolitik und die Verhaltensweise der sowjetischen Machttäger auf außenpolitischem Gebiet.

Es gehört zu den axiomatischen Erkenntnissen der Sowjetologie, daß für die sowjetische Politik das Primat der Innenpolitik gilt und die sowjetische Außenpolitik entscheidend von der totalitären Machtstruktur des bolschewistischen Herrschaftssystems abhängig ist. Dabei sind vor allen Dingen die spezifischen Elemente des von Lenin geschaffenen bolschewistischen Macht systems als Grundlage für die Diktatur der KPdSU, die Ideologie des Leninismus und der unter Stalin zur Höchstform entwickelte sowjetische Imperialismus, die in entscheidendem Maße Form und Inhalt der sowjetischen Außenpolitik bestimmen.

Die innersowjetische Machtstruktur kann in ihren grundlegenden Komponenten nur erklärt werden, wenn man das bolschewistische Macht system und seinen Schöpfer vom Hintergrund der historischen und soziologischen Ursprungssituation zu begreifen sucht, d. h. von den politischen und ökonomischen Bedingungen des zaristischen Rußlands und der dort herrschenden Autokratie, in die Lenin vor 90 Jahren hineingeboren wurde. Im Widerstreit der politischen Strömungen in Ruß-

land zum Ausgang des 19. Jahrhunderts, bei der Suche nach Wegen zur Überwindung der autokratischen Ordnung optiert der junge Lenin früh für jene Richtung, die vom radikalen Willen zur Zerschlagung und Liquidierung der zaristischen Selbstherrschaft bestimmt wird.

Von dem Soziologen Carl J. Friedrich wird unter Hinweis auf die historisch-soziologischen Zusammenhänge zwischen der zaristischen Autokratie und den leninschen Prinzipien zutreffend bemerkt, daß „das Zarenreich alles andere als eine Demokratie war, und es war daher von Lenin nur folgerichtig, darauf zu bestehen, daß auch die kommunistische (bolschewistische) Partei trotz ihrer ideologischen demokratischen Zielsetzung auf lange Sicht nicht demokratisch, sondern nur autokratisch organisiert sein könne. Sein Bestehen auf einer straff disziplinierten, auf soldatischer Unterordnung beruhenden Organisation war den autokratischen Verhältnissen, unter denen die revolutionäre Partei wirken sollte, allein angemessen. Das bedeutet aber,“ — so heißt es dann abschließend — „daß sich die von einer solchen autoritär-totalitären Partei getragene totalitäre Diktatur unmittelbar aus der Autokratie des zaristischen Rußlands herleitete. Sie ist eine moderne Form dieses Autokratismus.“¹⁾

1) Carl J. Friedrich: „Totalitäre Diktatur“, Stuttgart 1957, Seite 64. Eine hervorragende Analyse totalitärer Strukturformen (Bolschewismus und Faschismus) mit einer umfassenden Darlegung der entscheidenden Wesenszüge totalitärer Herrschaftssysteme.

Siehe auch: Carl A. Wittfogel: „Oriental Despotism“, Yale und Oxford 1957, Kapitel 9, Seite 369 ff.

Wittfogel analysiert in seinem Werk, das bedauerlicherweise in Deutschland immer noch nicht erschienen ist, die Kontinuität der zaristischen Autokratie und der bolschewistischen Machtherrschaft aus den geschichtlichen soziologischen Entwicklungsgesetzen, und deckt die bedeutsamen Zusammenhänge mit der asiatischen Produktionsweise auf, die bereits von Karl Marx und Friedrich Engels erkannt worden sind und später von Lenin und besonders von Stalin bewußt negiert wurden. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Vorherrschaft der Bürokratie als aktives Element innerhalb des totalitären Macht systems. Stalin erkannte die fatale Bedeutung der aus den spezifischen asiatischen Herrschaftsformen abgeleiteten Beweise für die Kontinuität der totalitären Herrschaftsform in Rußland, von den tatarischen Khanen über die 700 Jahre lange Herrschaft der zaristischen Autokratie zur bolschewistischen Despotie. Wittfogel deckt auch die Fälschungsversuche Stalins auf, der im „Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU“ die klassischen Passagen von Marx aus dem Vorwort zur „Kritik der politischen Ökonomie“ über die Produktionsweise dahin verändert, daß er die asiatische Gesellschaftsform unterschlägt.

(Siehe „Geschichte der KPdSU, Kurzer Lehrgang“, Moskau 1945, Seiten 155 und 164/165; vergl. dazu auch Karl Marx: „Zur Kritik der politischen Ökonomie“, Zweite Ausgabe, Stuttgart 1907, Seiten LV/LVI der Einleitung).

In der gegenwärtigen Geschichtsschreibung der Sowjetunion wird diese von Stalin begonnene Geschichtsklitterung fortgesetzt. Die vom „Institut für Geschichte“ bei der Akademie der Wissenschaften der UdSSR herausgegebene „Geschichte der UdSSR“ übernimmt das von Stalin konzipierte Schema und eliminiert beflissen alle Hinweise über die asiatische Ursprungssituation der zaristischen Autokratie. (Siehe „Geschichte der UdSSR — I: Feudalismus“, Berlin 1957).

Auch in der „Enzyklopädie der UdSSR“, Band 1, 1950, Seite 327, folgt die Darstellung dem o. a. Schema. Man polemisiert dort gegen jene russischen Historiker, die den aus der geschichtlichen Ursprungssituation herstemmenden asiatischen Triebkräften einen „organisierenden Einfluß auf die Entwicklung des russischen Staates zuerkennen.“

Die Folgerungen, die Lenin aus dem Tatbestand der zu 85 Prozent analphabetisch-agrarischen Gesellschaftsordnung Rußlands und der autokratischen Herrschaftsform des Zarismus zog, sind eindeutig: Es ist der Führungsanspruch der politischen Elite über eine Masse, die bestenfalls „aus sich selbst höchstens ein gewerkschaftliches Bewußtsein zu entwickeln imstande“ ist und sich zum Verständnis des politischen Kampfes nicht aufschwingen kann²⁾. Lenin setzt sich mit seiner autoritären Herrschaftstheorie bewußt in Gegensatz zu den Organisationsprinzipien der europäischen Arbeiterbewegung, die auf dem demokratischen Organisationsaufbau von unten nach oben beruht; der Führungsanspruch Lenins durch nichtkontrollierte Eliteorgane wird von der Sozialdemokratie auf das entschiedenste abgelehnt. Gleichzeitig wird von Lenin noch ein anderer wichtiger Grundsatz der europäischen Sozialdemokratie mißachtet: Den Weg zur Macht im Staate in einem evolutionären Transformationsprozeß vom Boden der Demokratie zu suchen. Lenins Thesen über das autoritäre Führungsprinzip führen zwangsläufig zum Anspruch der Diktatur des Proletariats, die von ihm in ihrem Wesen klar umrissen wird:

„Diktatur ist eine sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht, die an keinerlei Gesetze gebunden ist.“

Die revolutionäre Diktatur des Proletariats ist eine Macht, die durch die Gewalt des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie erobert wurde und behauptet wird, eine Macht, die an keinerlei Gesetze gebunden ist.“³⁾

Früh, beim Beginn der Auseinandersetzungen um diese Idee Lenins, wird vor den Folgen gewarnt, die als zwangsläufig vorausgesehen werden. Zu den entschiedensten Kritikern gehören in jener Zeit Rosa Luxemburg und Leo Trotzki. Visionär formuliert Trotzki bereits 1904 den grundsätzlichen Vorbehalt:

„Bei Lenin wird die Organisation der Partei die Partei verdrängen, das ZK wird an die Stelle der Organisation treten und schließlich wird das ZK dem Diktator das Feld räumen müssen.“⁴⁾

Nichts vermag jedoch Lenin von seinen Ideen und seiner Überzeugung abzubringen. Unter dem von ihm entwickelten totalitären Gesetz geht er seinen Weg der Zersetzung und Spaltung bis zum unabwendbaren Schisma der russischen Sozialdemokratie. Von diesem autoritären Machtgesetz wird die Entwicklung der von ihm begründeten und geführten bolschewistischen Partei geformt und der totalitäre Charakter des bolschewistischen Herrschaftssystems als „moderne Form des Autokratismus“ bestimmt.

Eine typische Erscheinungsform der von Lenin praktizierten Autokratie ist die von Beginn seines politischen Wirkens her feststellbare Intoleranz und sein spezifischer Stil in der Auseinandersetzung mit seinen Gegnern. „Lenin teilt die Welt ein in die, die für ihn und die, die gegen ihn waren,“ sagt ein Kampfgefährte aus jenen frühen Tagen. Bei diesem Freund-Feind-Prinzip Lenins gilt es, „Haß, Ekel und Verachtung“ für seine Gegner zu wecken. „Es war nicht meine Absicht zu überzeugen,“ so sagte Lenin einmal, „sondern die Reihen zu durchbrechen; nicht einen Fehler des Gegners zu korrigieren, sondern ihn zu vernichten, ihn vom Erdboden zu vertreiben.“⁵⁾

Die von Lenin entwickelte und später von seinen Epigonen zu beflissen kopierte Methode der Diffamierung, Schmähung, Herabsetzung und Verleumdung aller politischen Gegner gehört zu den typischen Erscheinungsformen des von den Kommunisten entwickelten totalitären Systems, die konsequent sowohl gegen die innenpolitischen Gegner wie auch — wie die von 1917 bis in die jüngsten Tage vorliegende Erfahrung zeigt — im außenpolitischen Bereich ihre Anwendung finden.

Die bisher dargelegten Komponenten des bolschewistischen Machtsystems erhalten ihre formative Ausgestaltung mit dem Machtantritt

2) Lenin: „Was tun?“, Werke, Berlin 1955, Band 5, Seiten 385/386.

3) Lenin: „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“, Ausgewählte Werke, Band 2, Seite 418.

4) Leo Trotzki: „Unsere politischen Aufgaben“, Genf 1904.

Rosa Luxemburg: Iskra-Artikel in der „Neuen Zeit“, Jahrgang XXII, 2. Band, Seite 484 ff., 1904.

„Der von Lenin befürwortete Ultrazentralismus scheint uns aber nicht vom positiven schöpferischen, sondern vom sterilen Nachwächtergeist getragen zu sein. Sein Gedankengang ist hauptsächlich auf die Kontrolle der Parteitätigkeit und nicht auf ihre Befähigung, auf die Einengung und nicht auf die Entfaltung, auf die Schurigelei und nicht auf die Zusammenziehung der Bewegung zugeschnitten.“

5) Zitiert von David Shub in „Lenin“, Wiesbaden 1952, Seite 107.

der Bolschewiken 1917. Die Perfektionierung des totalitären Machtsystems erfolgt schließlich unter dem Diktator, den Trotzki in seiner visionären Voraussage kommen sah: Stalin.

Unter der Herrschaft Stalins erfolgt die volle Entfaltung der Elemente, die a priori von der autokratischen Ursprungssituation und vom totalitären Leninismus her das bolschewistische Machtsystem bestimmen. Es entsteht jene für den totalitären Kommunismus spezifische geistige Atmosphäre, die bestimmt wird durch die Angst des Menschen vor dem Terror des Herrschaftssystems, den lähmenden Schrecken, der durch Geheimpolizei, Mißtrauen und Zersetzung aller normalen menschlichen Beziehungen das Klima innerhalb der Sowjetunion verändert und auch für die Entwicklung der sowjetischen Außenpolitik entscheidend werden soll.

Stalin entwickelte im Laufe des Kampfes um die Stabilisierung seiner Macht den Begriff der kapitalistischen Einkreisung, um daraus innenpolitisch die Theorie vom Volksfeind abzuleiten und sein totalitäres Regime zu rechtfertigen. Von dem englischen Historiker Seeley wurde einmal festgestellt: „Der Grad der Freiheit innerhalb eines Staates wird immer umgekehrt proportional sein dem Grad des Druckes, der auf seinen Grenzen lastet.“⁶⁾ Dieser Maxime könnte für die sowjetische Innenpolitik Stalins gelten, die in einer von ihm bewußt provozierten Wechselwirkung von der angeblichen „feindlichen Außenwelt“ bestimmt wurde. Die aus dem internen Machtkampf sich ergebende scheinbare Überlagerung der sowjetischen Innenpolitik durch die „feindliche Umwelt“ ändert nichts am Axiom vom Primat der totalitären Machtstruktur über die Außenpolitik. Im Gegenteil: Es erklärt den verhängnisvollen Kausalzusammenhang zwischen der totalitären Machtstruktur und der sowjetischen Außenpolitik und die Intransigenz in den Beziehungen zu den nichttotalitären Staaten.

Niemand hat zutreffender als Chruschtschow selbst die totalitären Wesenszüge des bolschewistischen Machtsystems und ihren Einfluß auf die sowjetische Außenpolitik bloßgelegt, als er auf dem XX. Parteitag daran ging, mit Stalin abzurechnen und die Stalin-Legende zu zerschlagen. Man muß diese Auseinandersetzung des Epigonen mit seinem Schöpfer als eine List der Geschichte empfinden, wenn man sieht, wie mit den gleichen, sich aus dem totalitären Machtsystem ergebenden Mitteln, die schonungslose Offenbarung der entscheidenden Komponenten und des Entartungsprozesses dieses Systems erfolgt.

„Von Stalin stammt der Begriff des Volksfeindes,“ erklärte Chruschtschow. „Dieser Terminus ermöglichte die Anwendung grausamster Unterdrückung . . . derer, die in irgendeinem Punkt nicht mit Stalin übereinstimmten.“

Chruschtschow stellt dann fest: „Die Willkür Stalins zeigte sich nicht nur in seinen Entscheidungen zu innenpolitischen Fragen, sondern auch in der Beziehung der Sowjetunion zum Ausland.“

Am Beispiel des Konflikts mit Jugoslawien erklärt Chruschtschow den Delegierten des XX. Parteitages: „Sie sehen, wohin Stalins Größenwahnsinn führte. Er hatte völlig den Sinn für die Realität verloren. Er demonstrierte sein Mißtrauen und seine Arroganz nicht nur in den Beziehungen zu den einzelnen Menschen hier in der Sowjetunion, sondern auch in den Beziehungen zu ganzen Parteien und Staaten.“

An einer anderen Stelle stellt Chruschtschow fest, daß „während der Herrschaft Stalins unsere friedlichen Beziehungen zu den anderen Nationen oftmals bedroht wurden, weil aus den Ein-Mann-Entscheidungen sich größere Komplikationen ergeben konnten, wie dies auch oft der Fall war.“

Schließlich zitiert Chruschtschow den Ausspruch Bulganins, der ihm einmal bei Lebzeiten Stalins erklärt hat: „Es kann passieren, daß jemand einer Einladung Stalins als Freund Folge leistet; wenn er dann mit Stalin zusammensitzt, weiß er nicht, ob er anschließend nach Hause oder ins Gefängnis geschickt wird.“⁷⁾

Hier liegt die historische Evidenz vor, über das von Mißtrauen, Terror und Furcht bestimmte innenpolitische Klima der totalitären Sowjetherrschaft, das auf die sowjetische Außenpolitik übertragen wurde, die dann zusätzlich durch den Größenwahnsinn des Diktators und durch

6) Zitiert von Rothfels in „Zeitgeschichtliche Betrachtungen“, Göttingen 1959, Seite 170: „Sinn und Grenzen des Primats der Außenpolitik“.

7) Siehe Wortlaut der Rede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU; Schriftenreihe des Ostbüros der SPD.

ein Gemisch von ideologischem Wunschdenken und imperialistischen Zielsetzungen ihre besondere Ausformung erhielt.

Von diesen Komponenten wurden auch die Formen der außenpolitischen Beziehungen zu den nichttotalitären Staaten bestimmt. Das im Verkehr zwischen souveränen Staaten entwickelte Brauchtum, die überlieferten Normen des diplomatischen Rituals und des Völkerrechts wurden relativiert und einem Wandlungsprozeß unterworfen. Stalin spricht in seiner Zeit von den „Säuen“, die mit „ihren Rüsseln im sowjetischen Kartoffelacker wühlen“ wollen – die Tiraden Chruschtschows in Paris, New York und Moskau in unseren Tagen erscheinen vom gleichen Stil geprägt. Sie entsprechen dem von Lenin konzipierten Geist der Freund-Feind-Theorie. Von dem gleichen totalitären Geist ist Ton und Inhalt der sowjetischen Noten bestimmt, über die man sich, wie einmal richtig festgestellt wurde, „eigentlich gar nicht wundern darf, denn solche Noten, in denen sich nur die totalitäre Weltansicht spiegelt, sind ja gar nicht darauf abgestellt, das Verständnis zwischen den Nationen zu fördern, wie das in der Vergangenheit der Fall war, vielmehr sind sie Werkzeuge in der Hand totalitärer Parteigänger, die im wesentlichen entweder auf die heimische öffentliche Meinung wirken oder den Gegner bedrohen sollen.“ Abschließend wird von Carl J. Friedrich in höchst aktueller Bezogenheit auf den uns vertraut gewordenen Stil internationaler Konferenzen hingewiesen, wo „die Totalitären eine Art Wettbewerb in gegenseitiger Herabsetzung in Szene setzen, so daß solche Konferenzen nicht mehr der Verhandlung dienen können, sondern als Schaubühne für die Beeinflussung der Weltöffentlichkeit gedacht sind.“⁸⁾

Die nichttotalitären Staaten, die nun ständig mit einer derartigen, ihnen wesensfremden offensiven Taktik und Strategie konfrontiert werden, reagieren mit entsprechenden politischen und militärischen Gegenmaßnahmen auf diese sowjetische Politik, die, wie Hermens richtig feststellt, „dann wieder als ein Versuch der Einkreisung interpretiert werden.“⁹⁾ Daraus ergibt sich jener aus der totalitären Machtstruktur erwachsene Kausalzusammenhang von Ursache und Wirkung, der zum erheblichen Teil das außenpolitische Klima unserer Zeit in den Beziehungen der nichttotalitären Staaten zur Sowjetunion und vice versa den Teufelskreis erklärt, in dem sich die gegenwärtige Weltpolitik befindet.

Es gibt jedoch noch andere Elemente, die von der totalitären Machtstruktur des Bolschewismus einen bestimmenden Einfluß auf die sowjetische Außenpolitik haben. Das sind die bereits erwähnte Ideologie und der von den geschichtlichen Triebkräften bestimmte sowjetische Imperialismus. Bei der Ideologie haben wir es mit dem von Lenin her stammenden und durch seine Epigonen noch stärker akzentuierten Zerrbild eines primitiven ökonomischen Determinismus zu tun, der mit veralteten Klischees den Gläubigen den Endsieg des Kommunismus „über den von der Geschichte zum Untergang verurteilten Kapitalismus“ suggeriert. Inzwischen haben auch einige kluge Leute in Moskau begriffen, daß diese utopischen Dogmaformeln von dem angeblich „in periodischen Zykluskrisen geschwächten und automatisch seinem Ende entgegengehenden Kapitalismus“ offenbar revisionswürdig geworden sind. Der Nestor der sowjetischen Nationalökonomie, Varga, ein seit Jahrzehnten erprobter Formulierer polit-ökonomischer Glaubenssätze, spricht von „regenerativen Elementen im Kapitalismus“ und warnt vor einem allzu optimistischen Siegesdenken¹⁰⁾. Diese Warnung eines Mannes, der es wissen muß, ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß bei Chruschtschow und solchen Provinzepigonen wie Ulbricht die naive Überzeugung erhalten geblieben ist, daß der Kommunismus siegen wird, weil er – wie es stereotyp heißt – auf Grund „der Gesetze der geschichtlichen Entwicklung siegen muß“. Es ist klar, daß sich auf einer solchen, von einem messianischen Sendungsglauben getragenen totalitären Ideologie, überschaubare Relationen für das Verhältnis zu anderen Völkern und Staaten ergeben. In diesem Zusammenhang muß noch der Komplex der kommunistischen Parteien in den nichtto-

talitären Staaten und ihre Abhängigkeit vom sowjetischen Kräftefeld genannt werden.

Diese von den Sowjets manipulierten Parteien stellen wichtige Instrumente für die Realisierung weltpolitischer Ziele der Sowjetunion dar, und sind in der sowjetischen Einschätzung des weltpolitischen Situationsbildes Machtpositionen, die man je nach Lage in der außenpolitischen Strategie entsprechend einplant. Bezeichnend für die enge Funktionsverflechtung der kommunistischen Parteien außerhalb des sowjetischen Machtblocks mit dem bolschewistischen Machtapparat und den strategischen Fernzielen der sowjetischen Politik war die von den führenden kommunistischen Parteien des Westens (Italien, Frankreich) 1949 abgegebene Erklärung, wonach im Kriegsfall die Kommunisten in den kapitalistischen Ländern die Sowjetunion unterstützen werden¹¹⁾.

Es verbleibt noch der Hinweis auf den sowjetischen Imperialismus, der seine besondere Ausformung unter Stalin erhalten hat und in der Chruschtschow-Ära ein entscheidendes Element der sowjetischen Außenpolitik geblieben ist. Im Verlauf des „Großen Vaterländischen Krieges“ erfolgte die Herausstellung der patriotischen Symbolzeichen aus der „glorreichen russischen Geschichte“ mit dem Bekenntnis zu den Meriten Iwans des Schrecklichen und Peters des Großen. Kutusow- und Suworow-Orden wurden geschaffen und panslawistische Ideen wieder belebt. Alles das waren Elemente in der Entwicklung eines nationalistisch-imperialistischen Bewußtseins mit dem Höhepunkt des Sieges im Jahre 1945, als Stalin auf einem Bankett im Kreml als Sieger dieses Krieges das Großrussische Volk feierte und bei der Kapitulation Japans ausrief: „Jetzt ist die Niederlage von Port Arthur gerächt!“¹²⁾

Bei Stalin vereinigen sich die messianistischen Elemente der vulgär-marxistischen Ideologie mit russischen imperialistischen Zielsetzungen zu einer Herrschaftsideologie, die ihre unmittelbare Anwendung in der von 1945 betriebenen Außenpolitik fand. Die unmittelbaren Objekte dieser stalinschen Politik wurden die osteuropäischen Völker und Mitteldeutschland. Dort sollte in den Volksdemokratien nach sowjetischen Modellbildern die forcierte Entwicklung vom Kapitalismus zum Sowjetkommunismus und die Integration in den sowjetischen Machtbereich vollzogen werden.

Wie wirkte sich nun der seit Stalins Tod und in gesteigerter Form der nach dem XX. Parteitag einsetzende innerpolitische Transformationsprozeß auf die gekennzeichneten totalitären Wesenszüge des bolschewistischen Machtsystems aus? Lassen sich aus den nachweisbaren Veränderungen in der sowjetischen Basis entsprechende schlüssige Folgerungen für grundsätzliche Veränderungen in der totalitären Machtstruktur und somit auch für die sowjetische Außenpolitik ableiten?

Bei der radikalen Kritik Chruschtschows an den entarteten Herrschaftsformen Stalins erfolgte auf dem XX. Parteitag eine Revision der Doktrin Lenins über die Unvermeidbarkeit der Kriege im Kapitalismus. Chruschtschow erklärte, daß im atomaren Zeitalter Kriege vermieden werden können, was in der nichttotalitären Welt hoffnungsvoll als eine Beachtung rationaler Überlegungen in der zukünftigen sowjetischen Außenpolitik gewertet wurde. Die bei gleichem Anlaß und in immer wiederkehrender Folge beschworene These von der Koexistenz aller politischen Systeme, ließ ebenfalls manche Hoffnungen für einen realistischen modus vivendi zwischen dem totalitären Sowjetblock und den nichttotalitären Staaten aufkommen. Auch der verkündete Grundsatz vom „Recht der Völker auf den eigenen Weg zum Sozialismus“ wurde zunächst als eine Bereitwilligkeit gedeutet, den intransigenten Integrationskurs Stalins abzubauen und den unterdrückten Völkern innerhalb des sowjetischen Machtblocks einen gewissen nationalen Unabhängigkeitsbereich zu gewähren.

Doch all diese Erscheinungsformen eines „Neuen Kurses“ der Nachfolger Stalins sind sekundär und dürfen nicht von einem entscheidenden Tatbestand ablenken, der bereits auf dem XX. Parteitag offenbar wurde und inzwischen durch die weitere Entwicklung bestätigt werden konnte: Die unveränderten Grundzüge der totalitären Machtstruktur und die unverminderte Rolle der Partei, der KPdSU, bei der Aufrechterhaltung der kommunistischen Diktatur. Es zeigte sich bereits bei der Abrech-

8) Friedrich, C. J., op. cit., Seite 93.

9) Ferdinand M. Hermens: „The journal of politics“, vol 21: „Totalitarian power structure and Russian foreign policy“, Seite 448. Eine ausgezeichnete Darstellung der Problematik und der Wechselbeziehungen zwischen den Strukturelementen totalitärer Macht und der sowjetischen Außenpolitik.

10) Varga: „Veränderungen in der kapitalistischen Wirtschaft im Gefolge des zweiten Weltkriegs“, Moskau 1946. Siehe auch die Diskussion sowjetischer Wirtschaftswissenschaftler über das Buch von Varga erschienen im „1. Beiheft zur Sowjetwissenschaft“, Berlin 1947.

11) Dieser Erklärung stimmte auch das Politbüro der Pankower SED zu. Siehe „Chronologische Materialien zur Geschichte der SED“, 1956, S. 122.

12) Siehe: „Problems of Soviet foreign policy“, Institute for the Study of the USSR, München 1959, Seite 9.

nung Chruschtschows mit den Verbrechen Stalins, daß hier in einer geschichtlich abstrusen Form die Schuld für die pervertierte Entwicklung des bolschewistischen Machtregimes ausschließlich als die Schuld eines Mannes postuliert wurde. Mit dieser einseitigen Akzentuierung wurde bewußt von der entscheidenden, geschichtlich-relevanten Frage nach der Bedeutung des totalitären Systems und der prinzipiellen Rolle der Parteidiktatur in dem sowjetischen Entartungsprozeß abgelenkt.

Die Entwicklung seit 1956 zeigt den funktionellen Zusammenhang zwischen der auf dem XX. Parteitag versuchten neuen Legendenbildung und dem angestrebten Ziel auf. Einerseits werden in pragmatischer Form eine Reihe von strukturellen Veränderungen im wirtschaftlichen Gefüge vorgenommen, um die Weiterentwicklung der Produktivkräfte den Erfordernissen einer von Atomkraft und Automation bestimmten Gesellschaftsordnung anzupassen; andererseits versuchen Chruschtschow und seine Gruppe, das Instrument der totalitären Macht, die Partei, unverändert in ihrer Machtpotenz zu erhalten. Die seit Stalins Tod vorliegende Erfahrung beweist, daß zwar auf Grund des immanenten Widerspruchs zwischen den Basiskräften und dem reaktionären Überbau eine permanente Dilemmasituation im innersowjetischen Machtfeld besteht, daß jedoch die Partei aus dem bisherigen Transformationsprozeß nicht geschwächt, sondern eher gestärkt hervorgegangen ist. Darüber hinaus zeigte die Entwicklung der letzten Jahre, daß im Zuge einer nachweisbaren neoleninistischen Renaissance folgerichtig auch die Grundzüge der leninistischen Ideologie in einem unveränderten Macht-sinn verbindlich geblieben sind, und damit der totalitäre Charakter der sowjetischen Machtstruktur. Das bedeutet, daß bei der bewiesenen Interdependenz zwischen totalitärer Machtstruktur und der Außenpolitik die sowjetische Außenpolitik in der Chruschtschow-Ära in Form und Inhalt unverändert bleibt. Verändert wurden im leninistischen Sinne die Methoden zur Realisierung der traditionellen Machtziele¹³⁾.

13) In diesem Zusammenhang ist der „Prawda“-Artikel vom 12. 6. 1960 beachtenswert: „Eine geistige Waffe des Kommunismus“; Jubiläumsartikel zum 40. Jahrestag des Erscheinens von Lenins Buch „Der linke Radikalismus — die Kinderkrankheit im Kommunismus“, von M. Matkowski. Dort heißt es verbindlich, daß „gegenwärtig alle Grundthesen des Buches von Lenin aktuell sind.“

Diese Grundthesen enthalten das ganze Arsenal taktischer Ratschläge und Richtlinien für die Auseinandersetzung des bolschewistischen Regimes mit den nichttotalitären Staaten. Eine Bestätigung der Relevanz dieser Thesen Lenins ist sehr aufschlußreich für die Beurteilung der künftigen Linie der Chruschtschow'schen Außenpolitik. In dem „Prawda“-Artikel heißt es im Schlußabsatz:

„In der erfolgreichen und vielseitigen Tätigkeit der kommunistischen und Arbeiterparteien äußert sich die große Kraft und Lebensstärke des Leninismus. Diese Kraft spiegelt sich im leidenschaftlichen Auftreten der Kommunisten für den Frieden, gegen den Krieg, für eine allgemeine Abrüstung und für die friedliche Koexistenz mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen wider.“

Bei diesen Folgerungen ergibt sich abschließend die Frage nach möglichen Wegen und Methoden, um angesichts der atomaren Schranke, vor der die Menschheit steht, und dem sowjetischen Machtanspruch in Deutschland, der seit Stalin ebenfalls unverändert besteht, die Probleme unserer Zeit mit friedlichen Mitteln zu lösen. Georg Kennan hat einmal erklärt, daß mit den Sowjets ein „enges Verstehen“ auf Grund der besonderen Geisteshaltung nicht möglich ist. „Nur eine Art der Äußerung ihnen gegenüber hat Sinn: Zu erklären, wozu wir unter bestimmten Verhältnissen bereit bzw. wozu wir nicht bereit sind.“¹⁴⁾

Diese Erkenntnis Kennans, abgeleitet aus einer umfassenden Kenntnis der totalitären Machtstruktur und der sowjetischen Mentalität, führt zu einer anderen, wie wir glauben, entscheidenden Erkenntnis: Unser Aussprechen der Bereitschaft zum Tun oder Lassen muß von Tatbeständen echter Macht erfolgen. Darunter verstehen wir alle Erscheinungsformen unserer demokratischen Gesellschaftsordnung, die politisch, sozial, ökonomisch, psychologisch und militärisch das geschlossene Erscheinungsbild einer nicht manipulierbaren Ordnung präsentieren. Eine solche Macht wird auch von den sowjetischen Führern schließlich nicht übersehen werden können. Vom Standort einer solchen evidenten Macht kann eines Tages die Korrektur des dogmatischen Sendungsglaubens der Sowjets und ihrer reaktionären Ideologie erfolgen und schließlich auch zur realistischen Überprüfung der imperialistischen Herrschaftsziele führen. Diese machtmäßig fundierte, geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus muß geduldig und zäh, auf allen Ebenen mit den unserer Wertwelt gemäßen Mitteln offensiv geführt werden. Nur so können wir hoffen, in einer längeren Zeitperspektive die Voraussetzungen zur Änderung der „merkwürdig verwirrten Mentalität“ der sowjetischen Führer zu erreichen. Erst dann dürfen wir auch hoffen, daß vom innersowjetischen Transformationsprozeß her in dem Maße, wie der rational denkende Sowjetmensch sich seine neue Wertstellung gegenüber dem totalitären Machtanspruch der Kommunisten zu erkämpfen imstande ist, erst dann können wir hoffen, daß es zu einer Änderung der totalitären sowjetischen Machtstruktur kommt und damit zu einer neuen Ära in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den nichttotalitären Staaten.

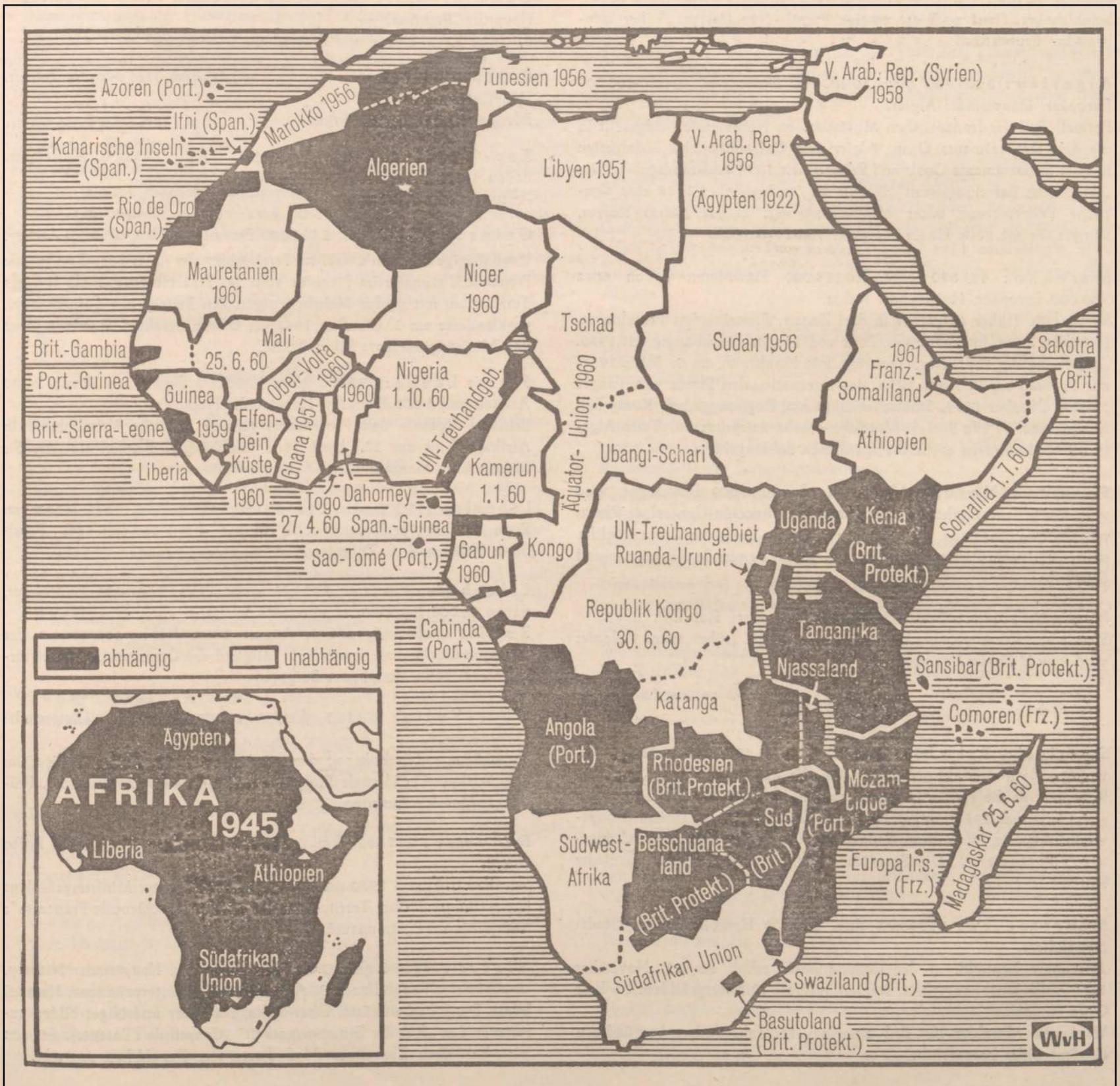
14) George F. Kennan: „Russia, the Atom and the West“, The 1957 Reith Lecture Series, BBC-Script, 2nd Lecture: „The Soviet Mind and World Realities“, vom 18. 11. 1957, Seite 7.

Anmerkung:

Stephan Thomas (geboren 29. 8. 1910 in Berlin) Absolvent der Karl-Marx-Schule in Berlin-Neukölln; studierte Rechts- und Staatswissenschaften sowie Slawistik; Mitglied der SPD und des Reichsbanners seit 1928; Widerstandskampf gegen das Naziregime; seit 1948 Leiter der Ostabteilung beim Parteivorstand der SPD.

Das neue Gesicht Afrikas

Innerhalb des letzten Jahrzehnts hat sich das politische Gesicht des schwarzen Kontinents grundlegend verändert — über zwanzig neue Staaten sind auf dem Boden der alten Kolonialreiche entstanden. Über diese Entwicklung ist in der Beilage „AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE“ laufend berichtet worden, wobei besonders auf die Verantwortung der freien Welt gegenüber den jungen Nationen hingewiesen worden ist (Jean Louis Clement „Afrika sucht sein Gesicht“ 14. 1. 1959, Robert Coughlan „Afrika fordert Unabhängigkeit“ 3. 6. 1959, Pietro Quaroni, „Europas Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern“ 25. 9. 1959 u. a.). Die nachstehende Übersicht über die politische Gliederung Afrikas von heute ist — soweit möglich — auf den neuesten Stand gebracht worden. Sie soll dem Leser u. a. die Orientierung bei kommenden Beiträgen zu diesem Thema in der Beilage erleichtern.



Die Länder Afrikas

Nordafrika

Ägypten: 1 000 200 qkm, 25 100 000 Einwohner, Hauptstadt: Kairo. Unabhängige Republik seit 18. Juni 1953; Staatspräsident seit 23. Juni 1956 Gamal Abdel Nasser. Am 1. Februar 1958 Zusammenschluß mit Syrien zur Vereinigten Arabischen Republik (VAR), am 8. März 1958 Föderation der VAR mit dem Königreich Jemen zur Union der Vereinigten Arabischen Staaten mit insgesamt 1 376 478 qkm und 32,4 Millionen Einwohnern.

Lybien: 1 759 540 qkm, 1 154 000 Einwohner, Hauptstadt: Tripolis, Residenz: Benghazi.

Unabhängiges islamisches Königreich unter König Sayed Mohammed „dri el Mahdi es-Senussi seit 24. Dezember 1951.

Ministerpräsident: Abdel Majid Kubar. Früher italienische Kolonie. 1950/51 unter einem Hochkommissar der UN.

Tunesien: 155 800 qkm, 3 900 000 Einwohner, Hauptstadt: Tunis. Unabhängig seit 20. März 1956, islamische Republik seit 25. Juni 1957. Staatspräsident Habib Bourgiba, zugleich Ministerpräsident und Oberbefehlshaber, führt auch die einzige Partei: Neo Destur. Früher französisches Protektorat.

Algerien: 2 205 500 qkm, 10 400 000 Einwohner, davon 800 000 Europäer, Hauptstadt: Algier.

Formell Teil des französischen Mutterlandes. Nordalgerien eingeteilt in die drei Départements Oran, Algier und Costantine und Südalgerien in zwei Départements Oasis und Saoura. Seit 1954 Aufstandsgebiet. Die „Algerische Befreiungsfront“ (FLN), die im September 1958 eine algerische Exilregierung unter Ministerpräsident Ferhat Abbas bildete, kämpft für die volle Unabhängigkeit von Frankreich.

Marokko: 443 680 qkm, 10 115 000 Einwohner, davon etwa 300 000 Europäer, Hauptstadt: Rabat.

Königreich, früher aufgeteilt in drei Zonen: Französisches Protektorat, Spanische Zone, Internationale Zone von Tanger. Unabhängig seit 1956. Aufhebung der Protektoratsverträge mit Frankreich am 2. März 1956, mit Spanien am 7. April 1956, des Internationalen Status von Tanger am 29. Oktober 1956. Staatsoberhaupt und Regierungschef: König Sidi Mohammed V. ben Jussef. Marokko erhebt Anspruch auf Teile Algeriens, Mauretaniens sowie die spanischen Saharagebiete.

Spanisch-Nordafrika: 231 qkm, 144 000 Einwohner, wird vom Mutterland direkt verwaltet über die Dirección General de Plazas y Provincias de Afrika. Es handelt sich um die Enklaven Ceuta, Melilla sowie die Inseln Penon Velez de la Gomeza, Penon de Alhucemas und Chafarinas.

Ifni: 1920 qkm, 40 000 Einwohner, Hauptort: Sidi Ifni.

Spanische ÜberseeProvinz seit 14. Januar 1958, früher span. Kolonie; wird von Marokko beansprucht.

Westafrika

Spanische Sahara: 266 000 qkm, 13 600 fest ansässige Einwohner, dazu rund 31 000 Nomaden, die mit ihren Herden nach der Regenzeit in die spanische Sahara ziehen. — Spanische ÜberseeProvinz seit 14. Januar 1958, aufgeteilt in die Zonen Saguia el Hamra (Hauptverwaltungssitz Smara bzw. Aaiun) und Rio de Oro (Hauptverwaltungssitz Villa Cisneros). Die Spanische Sahara war früher eine spanische Kolonie.

Mauretanien: 1 085 300 qkm, 650 000 Einwohner, Hauptstadt: Nouakchott.

Autonome Republik in der Communauté; erhält am 28. November 1960 volle Unabhängigkeit. Regierungschef: Ministerpräsident Moktar Ould Daddah.

Wird von Marokko als Teil eines im 16. Jahrhundert begründeten Großmarokko beansprucht.

Mali-Föderation: Unabhängige Republik am 20. Juni 1960. Bestand aus den ehemaligen autonomen Republiken Sudan und Senegal. Modibo Keita war Präsident der Föderation und zugleich Ministerpräsident der Region Sudan. Ministerpräsident der Region Senegal war Mahmadou Dia. Aufgelöst durch Selbständigkeitserklärung der Region Senegal am 20. August 1960.

Senegal: 197 150 qkm, 2 270 000 Einwohner, Hauptstadt: Dakar. Unabhängige Republik seit 20. Juni 1960. Bis zum 20. August 1960 mit der Republik Sudan zur Mali-Föderation zusammengeschlossen (siehe Mali-Föderation). Mitglied der Communauté. Staatschef: Präsident Leopold Sedar. Regierungschef: Ministerpräsident Mamadou Dia.

Mali: 1,2 Millionen qkm, 3 730 000 Einwohner, Hauptstadt: Bamako.

Unabhängige Republik seit 20. Juni 1960. Bis zum 20. August 1960 als Teilstaat Sudan mit der Republik Senegal zur Mali-Föderation zusammengeschlossen (siehe Mali-Föderation). Ministerpräsident: Modibo Keita.

Gambia: 10 369 qkm, 290 000 Einwohner, davon 300 Europäer, Hauptort: Bathurst.

Britische Kronkolonie und Protektorat.

Portugiesisch-Guinea: 36 125 qkm, 565 000 Einwohner, Hauptort: Bissao.

Portugiesische ÜberseeProvinz.

Kap-Verdische-Inseln: 4033 qkm, 182 000 Einwohner, davon 3 000 Europäer, Hauptstadt: Cidade de Praia.

Portugiesische ÜberseeProvinz.

Guinea: 245 857 qkm, 2 520 000 Einwohner, Hauptstadt: Conakry. Unabhängige Republik, früher Territorium der „Afrique Occidentale Francaise“, stimmte im Plebiszit vom 28. September 1958 als einziges Territorium mit großer Mehrheit gegen den Beitritt zur Communauté, proklamierte am 2. Oktober 1958 die Unabhängigkeit. Staatspräsident und Ministerpräsident: Sekou Touré.

Sierra Leone: 72 350 qkm, 2 120 000 Einwohner, davon 2 100 Asiaten und 1 000 Europäer, Hauptstadt: Freetown.

Britische Kolonie und Protektorat (älteste britische Kronkolonie in Afrika). Wird am 27. April 1961 unabhängig. Premierminister: Sir Milton A. S. Margai.

Liberia: 111 370 qkm, 1 800 000 Einwohner, Hauptstadt: Monrovia. Erste unabhängige Negerrepublik Afrikas — seit 26. Juli 1847. Präsident: William V. S. Tubman.

Elfenbein-Küste: 322 463 qkm, etwa 2 600 000 Einwohner, davon 14 000 Europäer, Hauptstadt: Abidjan.

Republik, unabhängig seit 6. August 1960, früher Territorium der „Afrique Occidentale Francaise“; Mitglied der Communauté. Ministerpräsident: Felix Houphouet Boigny.

Ober-Volta: 274 122 qkm, 3 326 000 Einwohner, Hauptstadt: Quagadougou.

Unabhängige Republik seit dem 5. August 1960. Früher Territorium der „Afrique Occidentale Francaise“; Mitglied der Communauté. Präsident: Maurice Yameogo.

Dahomey: 115 762 qkm, 1 713 000 Einwohner, Hauptstadt: Porto Novo.

Seit dem 1. August 1960 unabhängige Republik unter Ministerpräsident Hubert Maga. Früher Territorium der „Afrique Occidentale Francaise“; Mitglied der Communauté.

Niger: 1 188 794 qkm, 2 435 000 Einwohner, Hauptstadt: Niamey. Unabhängige Republik seit 3. August 1960. Ministerpräsident: Hamani Diori. Die Elfenbeinküste, Ober-Volta, Dahomey und Niger bilden zusammen den „Rat der Zusammenarbeit“ (Conseil de l'Entente), der den wirtschaftlichen Zusammenschluß dieser vier Republiken anstrebt.

Ghana: 237 837 qkm, 4 910 000 Einwohner, davon 6 500 Europäer und mehrere Tausend Libanesen, Syrer und Inder. Hauptstadt: Accra. Unabhängig seit 6. März 1957. Seit 1. Juli 1960 Republik im britischen Commonwealth. Früher britische Kolonie Goldküste. Präsident und Regierungschef: Dr. Kwame Nkrumah.

Togo: 55 800 qkm, 1 093 000 Einwohner, davon rund 1 000 Europäer, Hauptstadt: Lomé.

Unabhängige Republik seit dem 27. April 1960. Früher deutsche Kolonie, 1919 französisches Völkerbundsmandat, dann Treuhandgebiet der UN. Zwischen Togo und Ghana bestehen Grenzstreitigkeiten über das ehemals britische Mandatsgebiet Togo, das heute zu Ghana gehört. Ministerpräsident: Sylvanus Olympio.

Föderation Nigeria: 878 500 qkm, (mit Britisch-Kamerun 966 700 qkm), 34 000 000 Einwohner, davon rund 12 000 Europäer, Hauptstadt: Lagos.

Unabhängiges Mitglied des Commonwealth seit 1. Oktober 1960. Früher britische Kronkolonie. Die Föderation besteht aus drei Regionen: Osten, Westen und Norden.

Regierungschef und Premierminister der Föderation: Sir Abubakar Tafawa Balewa.

Premierminister der Ostregion: Dr. M. I. Okpara.

„ „ Westregion: S. L. Akintola.

„ „ Nordregion: Sir Ahmadou Bello, Sardauna von Sokoto.

Kamerun: 431 200 qkm, 3 240 000 Einwohner, davon rund 12 000 Europäer, Hauptstadt: Jaunde.

Unabhängige Republik seit 1. Januar 1960. Früher deutsche Kolonie. 1919 französisches Völkerbundsmandat, dann Treuhandgebiet der UN (mit Ausnahme von zwei an Nigeria grenzenden Gebietsstreifen, die britisches Treuhandgebiet wurden). Das Land wird seit Juli 1958 zum zweiten Male durch einen blutigen Bürgerkrieg im Südwesten erschüttert, durch welchen die kommunistische „Union des Populations Camerounaises“ die Macht zu ergreifen sucht.

Präsident: Ahmadou Ahidjo.

Zentralafrika

Tschad: 1 284 600 qkm, 2 574 000 Einwohner, davon 5 000 Europäer, Hauptstadt: Fort Lamy.

Seit 11. August 1960 unabhängige Republik. Mit der Zentralafrikanischen Republik und der Republik Kongo seit 17. Mai 1960 zur „Union der zentralafrikanischen Republiken“ (URZ) zusammengeschlossen. Die Bürger der Union (URZ) haben nur eine Staatsbürgerschaft, jedoch eigene Regierungen und Parlamente. Ein gemeinsamer Rat unter einem noch nicht ernannten Präsidenten bestimmt die Außenpolitik, Verteidigung und Wirtschaftskoordinierung. Früher Territorium der „Afrique Equatoriale Française“; Mitglied der Communauté.

Staatschef: Präsident Francois Tombalbaye.

Zentralafrikanische Republik: 616 400 qkm, 1 200 000 Einwohner, davon 10 000 Europäer, Hauptstadt: Bangui.

Seit 13. August 1960 unabhängige Republik. Die ehemals zu Französisch-Äquatorialafrika gehörenden Republiken Tschad, Kongo und die Zentralafrikanische Republik haben sich am 17. Mai 1960 zur „Union der zentralafrikanischen Republiken“ (URZ) zusammengeschlossen. Mit Gabun besteht eine Zollunion. Die URZ will Mitglied der Communauté bleiben.

Staatschef: Präsident David Dacko.

Gabun: 267 000 qkm, 408 000 Einwohner, davon etwa 4 000 Europäer, Hauptstadt: Libreville.

Unabhängige Republik seit 17. August 1960. Kein Mitglied der URZ, gehört aber zur äquatorialafrikanischen Zollunion der Nachfolgestaaten des ehemaligen Französisch-Äquatorialafrika. Gabun will Mitglied der Communauté bleiben.

Ministerpräsident: Léon M'ba.

Republik Kongo: 349 000 qkm, 762 000 Einwohner, Hauptstadt: Brazzaville.

Unabhängige Republik seit 15. August 1960. Früher Moyen Kongo. Am 17. Mai 1960 mit Tschad und der Zentralafrikanischen Republik zur „Union der zentralafrikanischen Republiken“ zusammengeschlossen. Ministerpräsident: Abbé Foulbert Youlou.

Spanisch-Guinea: 28 051 qkm, 212 000 Einwohner (davon 4 500 Europäer), Hauptstadt: Santa Isabel (auf der Insel Fernando Po). Spanische ÜberseeProvinz. Zu Spanisch-Guinea gehören das auf dem Festland gelegene Gebiet von Rio Muni (Hauptstadt Bata) und die Inseln Fernando Po, Annobon, Groß- und Kleinelobi und Corsico im Golf von Guinea.

Angola: 1 246 709 qkm, 4 392 000 (davon 110 000 Europäer) Einwohner, Hauptstadt: St. Paul de Loanda.

Portugiesische ÜberseeProvinz. Zu Angola gehört auch die zwischen den beiden Republiken Kongo liegende Enklave Cabinda.

Kongo: 2 344 932 qkm, 13 750 000 Einwohner, Hauptstadt: Léopoldville.

Unabhängige Republik seit 30. Juni 1960. Früher belgische Kolonie. Anhaltende innerpolitische Wirren machen den Einsatz von UNO-Truppen notwendig.

Die Provinz Katanga hat am 12. Juli 1960 ihre Unabhängigkeit proklamiert, ohne jedoch bisher international anerkannt zu werden. Staatspräsident: Joseph Kasawubu. Ministerpräsident: Patrice Lumumba (inzwischen abgesetzt).

Ruanda-Urundi: 54 172 qkm, 4,6 Mill. Einwohner (davon 6 000 Europäer und 2 200 Asiaten), Hauptstadt: Usumbura.

UN-Treuhandgebiet unter belgischer Verwaltung; früher zu Deutsch-Ostafrika gehörend, seit 1919 belgisches Völkerbunds-Mandat, dann UN-Treuhandgebiet. Ruanda-Urundi soll 1962 unabhängig werden. Vom Niltal abgesehen ist es das am dichtesten besiedelte Gebiet Afrikas.

Zentralafrikanische Föderation: (Rhodesien und Njassaland): 1 253 116 qkm, 7 600 000 Einwohner, Hauptstadt der Föderation: Salisbury.

Föderation der autonomen britischen Kolonie Südrhodesien und der beiden britischen Protektorate Njassaland und Nordrhodesien, unter einem Ministerpräsidenten (Sir Roy Welensky). Vertreter der britischen Regierung ist der Generalgouverneur.

Njassaland hat 117 498 qkm, 2,8 Millionen Einwohner, darunter 7 000 Europäer und 10 000 Asiaten. Hauptstadt: Zomba.

Nordrhodesien ist 746 256 qkm groß und hat 2,3 Millionen Einwohner, davon sind 65 000 Europäer und 5 000 Asiaten. Hauptstadt: Lusaka. Südrhodesien hat 2,5 Millionen Einwohner, davon 200 000 Europäer und 14 000 Asiaten. Südrhodesien ist 389 362 qkm groß. Hauptstadt: Salisbury.

Die politische Zukunft der Föderation ist ungewiß, da zahlreiche farbige Politiker ihre Auflösung fordern. 1961 soll eine neue Verfassung ausgearbeitet werden.

Südafrika

Südafrikanische Union: 1 223 409 qkm, etwa 14 673 000 Einwohner, davon 3 067 000 Europäer, 9 751 000 Bantus, 1 405 000 Mischlinge und 450 000 Asiaten. Hauptstadt und Regierungssitz: Pretoria. Parlamentssitz: Kapstadt.

Seit 1910 unabhängiger Staat im britischen Commonwealth. Durch Volksabstimmung vom 5. Oktober 1960 hat sich die Union mit schwacher Mehrheit für die Ausrufung der Republik entschieden.

Premierminister: Dr. H. F. Verwoerd.

Südwestafrika: 823 876 qkm, 524 000 Einwohner, davon 49 000 Europäer (etwa ein Drittel Deutsche), Hauptstadt: Windhuk.

UN-Treuhandgebiet, jedoch ohne Anerkennung durch die Südafrikanische Union, welche das Land unter dem Völkerbundsmandat verwal-

tete. Das Landesparlament besteht aus den von der europäischen Wählerschaft gewählten Abgeordneten.

Das Gebiet der Walfischbay gehört als Enklave zur Südafrikanischen Union, wird aber als Teil Südwestafrikas verwaltet. Der östliche Teil des Caprivizipfels wird durch einen Beamten der Südafrikanischen Union verwaltet.

Betschuanaland: 712 247 qkm, 331 000 Einwohner, davon 2400 Weiße. Hauptstadt: Mafeking (liegt außerhalb des Staatsgebietes auf dem Boden der Südafrikanischen Union).

Britisches Protektorat unter direkter Verwaltung eines britischen High Commissioner. Der farbige Thronfolger Seretse Khama verlor wegen seiner Heirat mit der Engländerin Ruth Williams den Anspruch auf die Herrschaft. Betschuanaland ist nicht zu verwechseln mit dem zur Kap-Provinz gehörenden Britisch-Betschuanaland.

Basutoland: 30 344 qkm, 651 000 Einwohner, darunter 2000 Weiße. Hauptstadt: Maseru.

Britisches Protektorat (Enklave in der Südafrikanischen Union). Seit 1940 ist Mansebo Amelia Seeiso Regentin (Paramount Chieftainess); sie regiert für ihren noch minderjährigen Stiefsohn Prinz Bereng.

Swasiland: 17 363 qkm, 260 000 Einwohner, davon 6000 Europäer. Hauptstadt: Mbabane; Residenz: Lozithhelezi.

Britisches Protektorat. Swasiherrscher seit 1922: König Ngwenyama („Löwe“) Sobhuza II. sowie die Herrscherin Indlovukati („Elefantkuh“).

Mozambique: 783 030 qkm, 6 300 000 Einwohner, davon 70 000 Europäer. Hauptstadt: Lourenco Marques.

Portugiesische Überseeprovinz unter einem Generalgouverneur.

Madagaskar: 590 000 qkm, 5 071 000 Einwohner, davon 91 000 Europäer und Asiaten. Hauptstadt: Tananarive.

Unabhängige Republik seit 25. Juni 1960; ehemals französische Besitzung; Mitglied der Communauté.

Regierungschef und Präsident: Philibert Tsiranana.

Komoren: 2137 qkm, 182 000 Einwohner. Hauptstadt: Dzaoudzi. Französisches Überseegebiet.

Mauritius: 1865 qkm, 587 000 Einwohner. Hauptstadt: Port Louis. Britische Kronkolonie.

Reunion: 2572 qkm, 312 000 Einwohner. Hauptstadt: Saint Denis. Französisches Übersee-Departement. Seit 1946 unter einem Präfekten.

Ostafrika

Tanganjika: 939 061 qkm, etwa 8 916 000 Einwohner, davon 21 000 Europäer, 66 000 Inder und 19 000 Araber. Hauptstadt: Dar-es-Salam.

UN-Treuhandgebiet unter britischer Verwaltung. Früher deutsche Kolonie (Deutsch-Ostafrika), 1919 Völkerbundsmandat, dann UN-Treuhandgebiet. Auf dem Wege zur Unabhängigkeit. Regierungschef: Chefminister Julius Nyerere.

Sansibar und Pemba: 2643 qkm, 285 000 Einwohner, davon 300 000 Europäer, 47 000 Araber und 18 000 Asiaten. Hauptstädte: Sansibar und Wete. Britisches Protektorat. Staatsoberhaupt: Sultan Sayyid Sir Khalifa ben Harab.

Kenia: 582 646 qkm, 6 300 000 Einwohner, davon 65 000 Europäer und 200 000 Araber, Goanesen und Inder. Hauptstadt: Nairobi. Britische Kronkolonie und Protektorat unter einem Gouverneur; auf dem Wege zur Unabhängigkeit.

Uganda: 243 410 qkm, 5 700 000 Einwohner, davon 9 000 Europäer und 60 000 Asiaten. Hauptstadt: Entebbe.

Britisches Protektorat unter einem Gouverneur. Das Königreich Buganda (eine von vier Provinzen), unter dem Herrscher Kabaka Mutesa II., hat größere Selbständigkeit als die übrigen Landesteile. 1953 kam es zu einer Krise zwischen Kabaka Mutesa II. und London.

Somalia: 673 661 qkm (davon ehemaliges Britisch-Somaliland 176 100 qkm), 1 950 000 Einwohner (davon 650 000 im ehemaligen Britisch-Somaliland). Hauptstadt: Mogadischu.

Unabhängige Republik, bestehend aus den am 1. Juli 1960 zusammengeschlossenen Teilen Somalia (früher Italienisch-Somaliland) und Britisch-Somaliland. Britisch-Somaliland wurde am 26. 6. 1960 selbständig (Hauptstadt: Hargeisa). Seit 1910 bestehen Meinungsverschiedenheiten über die Grenzen gegenüber Äthiopien. Regierungschef: Ministerpräsident Dr. Abdi Rashid Shermake.

Äthiopien: 1 184 120 qkm, etwa 16 Mill. Einwohner, davon 20 000 Europäer (hauptsächlich Italiener). Hauptstadt: Addis Abeba.

Unabhängiges Kaiserreich; seit Juli 1952 Föderation mit der ehemaligen italienischen Kolonie Eritrea. Hauptstadt der autonomen Region Eritrea ist Asmara.

Staatsoberhaupt: Kaiser Haile Selassi.

Französisch-Somaliland: 21 700 qkm, 68 000 Einwohner, davon 2000 Europäer und 6000 Araber. Hauptstadt: Djibouti.

Französisches Überseegebiet.

Regierungschef: Ali Aref.

Sudan: 2 505 823 qkm, 10,7 Mill. Einwohner. Hauptstadt: Khartum. Unabhängige Republik seit 1. Januar 1956; früher britisch-ägyptisches Kondominium.

Ministerpräsident: General Ibrahim Abbud.